

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Abdominale Beilagen: „Kombi- und Sportplatzblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatslich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich wird erstlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückschickung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Doppelseite Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Dreifache 20 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Adressen und beifolgende Adressen oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 36

Donnerstag, den 24. März 1932

34. Jahrg.

Die Wählerliste

für die Reichspräsidentenwahl am 10. April und die Landtagswahl am 24. April liegt vom 30. März bis 3. April während der üblichen Geschäftszeit von 8 bis 12 Uhr im Magistratsbüro zur Einsicht aus. — Einprüfungen sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist mündlich oder schriftlich bei uns anzubringen. — Kemberg, den 23. März 1932.

47) Der Magistrat.

Freibank-Fleischverkauf.

Donnerstag, den 24. März, Verkauf von Schweinefleisch im toten Zustande. Das Pfund kostet 0,40 RM. — Kemberg, den 23. März 1932.

48) Der Magistrat.

Arbeitsbeschaffung—Geldbeschaffung

Projekte drinnen und draußen. — Geld- und Kreditmangel. Sie haben jetzt alle getrocknet: die Gewerkschaften, die ihre Mitglieder mit Arbeitsmöglichkeiten verloren müssen; die Industrie, die Beschäftigung für ihre Betriebe sucht; die Landwirtschaft, die von steigender Beschäftigung Steigerung ihrer Wohlfahrtslagen erwartet, und die Gemeinden, die die Wohlfahrtslagen nicht mehr lange tragen können, und die deshalb jede Möglichkeit zur Verminderung der Arbeitslosigkeit fördern müssen. Es hat der Reichswirtschaftsrat gesprochen, in dem Gewerkschaften, Industrie, Landwirtschaft und Gemeinden zusammenliegen; es hat das Internationale Arbeitsamt seinen Urteil gefällt, das von den Stimmungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeberverbände und von den Regierungsplänen mitbestimmt wird. Bei allen diesen Instanzen, nationalen und internationalen, hat sich eine Einheitsfront ergeben für die Parole: Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, wenn nicht durch die Initiative privater Unternehmer, so durch die öffentlichen Stellen, die Behörden, die großen öffentlichen Betriebe und die Regierungen. Diese Einheitsfront konnte zusammengefaßt werden, soweit die Pläne in Betracht kommen, welche Arbeiten denn nun aus öffentlichen Mitteln finanziert werden sollen. Aber diese Einheitsfront ist nicht mehr vorhanden, sobald man an die zweite Frage herangeht: Wie soll für die zusätzliche Arbeit das erforderliche Geld beschafft werden? Man hat aus den Beratungen der Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände, des Reichswirtschaftsrats, des Internationalen Arbeitsamts ausführliche Pläne hervorgehen lassen, wie zweckmäßige Arbeit geschaffen werden könnte, Arbeit, die im Straßenbau, in der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, im internationalen Verkehr der Allgemeinheit zugute kommt, Arbeit, die sich nach Ablauf einer längeren Frist rentieren würde. Aber es liegt nicht ein einiger allgemeiner Plan dafür vor, wo diese Frist bis zur Rentabilität der geleisteten Arbeit überdrikt werden kann.

Die Frage der Geldbeschaffung ist aber die Voraussetzung für jede Arbeitsbeschaffung. Die zahlreichen Projekte, die dem Reichswirtschaftsrat vorgelegen haben, leben zwar vor, daß durch Reichspost, Reichsbahn, Straßenbau, Hochwasserschutz, Landwirtschaftsarbeiten und Hausreparaturen mehr als eine halbe Million Menschen plötzlich beschäftigt werden könnte, aber diese Projekte erfordern doch auch einen Kohlenaufwand von fast überhalb Milliarden Reichsmark. Es ist nun allerdings ein unerträglicher Zustand, wenn, wie das Schicksal des Reichswirtschaftsrats feststellt, die Maschinenindustrie nur noch 30 p. h. ihrer Produktionsmöglichkeiten ausnützen kann, wenn im Baugewerbe 90 p. h. der Arbeiter erwerbslos sind. Aber dieser Mangel an Arbeit und Arbeitsmöglichkeiten ist für so guten Teil gerade durch entstanden, daß die Möglichkeiten für produktive Arbeit Kredite aufzunehmen, sich mehr und mehr verringert hatten, und daß deshalb die Betriebsmittel allmählich ausgingen. Wenn man also die Produktion heigen und damit neue Menschenaffen in den Produktionsprozess hineinbringen will, so wird die erste Frage die Beschaffung von Betriebsmitteln sein.

Die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten ist bisher so wenig erfolgreich gewesen, daß man sich über die Durchführbarkeit der Arbeitsbeschaffungspläne keine Millionen machen darf. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, der dieser Tage in Berlin war, hat sich zwar optimistisch geäußert, weil er glaubt, daß sich Kapitalisten finden würden, die Geld hergeben, wenn nur Pläne existieren, aus denen sich die Rentabilität der geleisteten Arbeit in einigen Zeit erkennen läßt. Eine neue internationale Konferenz über die Arbeitsbeschaffung soll Ende März in Paris stattfinden, und man kann nur wünschen, daß sie zu Ergebnissen kommt. Zunächst aber muß man sich an die Feststellungen halten, die von dem Reichswirtschaftsrat einstimmig, d. h. unter-Teilnahme der Gewerkschaften, der Industrie, der Landwirtschaft und der Gemeinden angenommen worden sind. Man muß aus diesem Gutachten festhalten, daß Mittel von Reich, Ländern und Gemeinden nicht zu erwarten sind, weil diese öffentlichen Körperschaften mit der Ausbalanzierung ihrer Ausgaben genau

zu tun haben. Auch eine große Anleihe kommt nicht in Betracht, weil sie jetzt mit unzureichenden Bedingungen aufgenommen werden könnte. Beerdigung von Anleihen durch die Banken ist nicht möglich, weil die Banken selbst unter mangelnder Liquidität leiden. So bleibt der letzte Plan übrig, durch ein zuverlässiges Bankentoritorium jeweils fällige Bargebühren aus der Reichsamt herauszuholen. Aber diese Möglichkeit wiederum ist von der Währungspolitik abhängig, und ein solches Projekt könnte leicht dahin führen, daß zwar für einen Arbeitsbeschaffungsplan Geld aufgebracht, gleichzeitig aber in gleichem Umfang die jetzt für private Unternehmungen bereitgestellten Betriebskredite abgemindert werden, so daß man auf der einen Seite Betriebsmittel und Arbeit schaffen, auf der anderen Seite Betriebsmittel und Arbeit entnehmen würde, und es bleibt bei der Einförmigkeit aller beteiligten Instanzen über die Notwendigkeit, die private Initiative durch eine Initiative der öffentlichen Körperschaften zu ergänzen, eine der wichtigsten Regierungsaufgaben, den Arbeitsbeschaffungsplänen zu fördern. Aber diese Förderung wird wenn auch jetzt schon eine gewisse politische Berührung eingetretet ist, doch in größerem Umfang erst möglich sein, wenn beunruhigende Momente wie etwa die Reparationsfrage aus der Welt geschafft ist, und es wird sich dann zeigen müssen, ob die Initiative nicht hauptsächlich zunächst einmal darauf gerichtet werden muß, die weltwirtschaftlichen Beziehungen enger zu knüpfen und so die natürlichen Absatzmärkte wieder zu öffnen.

Beginn des Angriffs

auf Ihre Lachmuskeln

Sonnabend, den 26. März und

1. Osterfeiertag

abends 7/9 Uhr

Der

AAFA-Militär-

Schwank

„Reserve hat Ruh“

Sonnabend zahlen Erwerbslose und Kleinrentner nur 50 Pfennig

Das Reich und die Gemeinden.

Ein neuer Notruf.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städteverband, Deutscher Landkreistag, Reichs-Städtebund und Deutscher Gemeindebund) veranstaltete einen Empfang der Presse. Bei dieser Gelegenheit führte der Präsident des Deutschen Städteverbandes, Dr. Mülert, namens aller kommunalen Spitzenverbände zur gegenwärtigen Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände u. a. folgendes aus:

Allein die Belastung mit den Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, die 1931 etwa 110 Millionen RM betrug, von denen 230 Millionen RM vom Reich getragen wurden, muß 1932 auf 1560 Millionen RM steigen, eine Summe, welche die Gemeinden und Gemeindeverbände unmöglich allein tragen können. Auch die Reichsregierung muß diese Last auf sich anerkennen, nur leider für 1932 noch keine Folgerungen daraus gezogen. Es kommt hinzu, daß die Finanzlage der Gemeinden durch bestimmte Maßnahmen der Reichsregierung wie der Landesrenten- und der Erbschaftsteuererhöhung erfahren hat.

Der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an der Einkommen- und Körperschaftsteuer wird 1932 gegenüber 1931 voraussichtlich um rund 60 Millionen RM auf nur 520 Millionen RM, d. h. um nicht weniger als 53 p. h. zurückgehen. Dagegen wird die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer infolge der Erhöhung der Umsatzsteuer im Dezember 1931 nur 120 Millionen RM erbringen. Die Gemeindebeiträge, die 1931 noch 140 Millionen RM betrug, wird infolge der Steuererhöhung voraussichtlich rund 50 Millionen RM weniger erbringen; als Ersatz für diesen Ausfall werden den Gemeinden von Seiten des Reiches lediglich 28 Millionen RM überwiesen, so daß noch 22 Millionen RM ungedeckt verbleiben.

Alle Verschlechterungen in den Haushalten der Gemeinden und Gemeindeverbände im Reich zusammengekommen bedeuten eine Gesamtverringering ihrer steuerlichen Einnahmen um rund 825 Millionen RM, d. h. um mehr als 20 p. h. des heutigen Standes.

Dieser Ausfall wird noch vergrößert durch den weiteren Rückgang der kommunalen Werkverträge. Die bisherige Reichshilfe für die Gemeinden in Höhe von 230 Millionen RM, die den Gemeinden für das Winterhalbjahr 1931

gewährt worden ist, muß ihnen in ... desens der gleichen Höhe mitgeteilt werden, zumal die laufenden Kosten für die Gemeinden bei den Ausfällen der Werkverträge erheblich heute erheblich höher sind als vor einem halben Jahr. Für das erste Vierteljahr des Haushaltsjahres 1932 mußten also mindestens 115 Millionen RM bereitgestellt werden.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, die neuen Zugänge von Werkverträgen vorlesen bei den Gemeinden abzupumpen.

Wenn den Gemeinden und Gemeindeverbänden durch eine Reform der Reichsarbeitslosenhilfe oder durch erhöhte Reichszuschüsse nicht sofort eine wirksame Hilfe zuteil wird, so würde kein anderer Ausweg übrig bleiben, als die Bürgerliche, deren monatliche Fälligkeitstermine auf das erste Halbjahr beschränkt sind, das ganze Jahr hindurch weiter fortzuführen.

Köben a. d. D. stellt die Zahlungen ein.

Die erste Stadt Preußens im Konturs.

Breslau, 22. März.

Als erste preussische Stadt ist etwa 1300 Einwohner zählende Stadt Köben a. d. D. über in Konturs geraten. Die Schulden sollen insgesamt 600 000 Mark betragen. Als Gläubiger werden neben dem Staat in der Hauptsache Breslauer Banken genannt. Der Kontursantrag wurde von der Zentral-Boden-Kreditbank beim Amtsgericht Steinau gestellt. Zum Kont. übermalt wurde der Breslauer Reichsamt und Notar erklärt. Der Breslauer Bezirksausschuß wird sich zu diesem Konturs noch zu äußern haben, da zur Ausführung derartiger Zwangsmaßnahmen seine Zustimmung erforderlich ist. Köben feierte 1928 sein 700-jähriges Bestehen.

Keine Verpfändung der Freibageelder

Nichtigstellung einer Festschreibung über die Sanierung der Schiffahrt.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Bei Verpfändung der Stützungsmaßnahmen des Reiches zugunsten der Schiffahrt ist die Nachsicht verbreitet worden, daß den Reichs als Sicherheit für die von ihm zu übernehmenden Garantien die Ansprüche der Kreditoren auf Auszahlung der amerikanischen Freibageelder abgetreten worden seien. Diese Nachsicht ist unzutreffend.

Die Ansprüche der Kreditoren auf die amerikanischen Freibageelder sind dem Reichs weder abgetreten, noch in irgend einer anderen Form verpfändet worden. Eine Verpfändung dieser Ansprüche wäre nach den für die Freibageelder maßgebenden Bestimmungen auch nicht möglich gewesen. Einem Reichsamt ist es zurecht, daß der Norddeutsche Lloyd als Sicherheit für die von ihm zu übernehmende Garantie seine Schiffe verpfändet oder dem Reichs Spezialkreditlinien gestellt habe. Es ist lediglich vereinbart worden, daß die neuen Kredite, welche den Kreditoren eingeräumt werden sollen und für die das Reich die Garantie übernimmt, den Rang vor den bisherigen inländischen Krediten erhalten sollen.

Kirchenfundgebung in Berlin.

Die evangelischen Gemeinden im Sportplatz.

Zum ersten Male waren die Glieder der 80 evangelischen Gemeinden der Berliner Innenstadt am Montagabend zu einer Kundgebung im Berliner Sportplatz zusammengekommen.

Der Generalsuperintendent von Berlin, D. Karow, begrüßte die Versammlung und wies darauf hin, daß noch keine Glieder der evangelischen Gemeinden Berlins sich in so großer Zahl zu einer gemeinsamen Versammlung zusammengekommen haben. Unser besonderer Gruß gilt der Jugend, Jungmännern und Mädchen, den Wertigen und den Studenten. Die evangelische Kirche verzichtete es nie, daß ihre Bürger in den Beden des Reichs gebildet sind, und daß sie nach Aufheben der Reichs den Deutschen zu dienen hat. Was aber dieser Verarmung ihr eigenes Gepräge gab, ist die Tatsache, daß evangelische Männer und Frauen am Anfang der Skandale zusammengekommen sind, um sich zu dem gegenwärtigen Heiland zu bestimmen. Dem Ansturm der Gottlosen legen wir die Botchaft von dem Kreuz auf Golgatha entgegen. — Die Klänge des Ruherliedes beschloßen die Kundgebung.

Ist das Wirtschaftsanfurbelung?

Zahlungseinstellung der Junkerswerte.

Berlin, 23. März

Die Junkerswerte teilen mit: „Die Junkerswerte in ihrer Gesamtheit nämlich Junkerswerte, Hauptbüro, Forschungsanstalt Professor Junkers, Junkers u. Co., Junkers-Zugmaschine u. G., Junkers Motorenbau G. m. b. H. und Kolofier-Werk G. G. Junkers haben ihren Gläubigern mitgeteilt, daß sich Professor Junkers im Interesse der Gläubiger verpflichtet gehalten hat, das gerichtliche Vergleichsverfahren zu beantragen, und daß im Verfolg dieser Maßnahmen die Zahlungen eingestellt worden sind.“

Diese Maßnahme ist eine Folge der Tatsache, daß die seit Ende vorigen Jahres laufenden Verhandlungen um die Zuführung entsprechender liquider Mittel, welche noch bis vor einigen Tagen als sehr aussichtsreich bezeichnet werden konnten, vorläufig nicht zu einer Lösung führten. Es besteht die beruhigende Tatsache, daß, wenn auch die Alliiertentätigkeit vorhanden ist, Lieferfähigkeit nicht vorliegt, wie eine erste vor einigen Tagen festgestellte Besichtigung ergab. Diese ergab eine starke Aktivität des Gesamtmarktes, wobei die in den technischen Forschungsergebnissen enthaltenen besonderen Vermögenswerte nicht einmal berücksichtigt worden sind. Im übrigen sind Umlauf- und Auftragsbestand bei den einzelnen Werken nicht ungenügend, teilweise sogar besser als im Vorjahre. Auch die eine seit längerer Zeit durchgeführte starke Drosselung der Liefertaten eine gewisse Erleichterung zur Folge gehabt.

Man ist entschlossen, das Befehlen der Werte auf alle Fälle sicherzustellen, nicht nur, um die großen in den Zertifikatswerten vorhandenen Werte zu sichern, sondern auch um den insgesamt über 3000 Arbeitern und Angestellten ihre Daseinsmöglichkeit zu erhalten.

Einigung in der Bierpreisfrage.

Das Glas 5 Pfennige billiger.

Nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen dem Reichspreisamt einerseits und den Brauereien und Gastwirten andererseits ist es am Dienstag zu einer Einigung über die Frage der Bierpreisfestlegung gekommen. Die Brauereien senken den Bierpreis um 2,25 RM und die Gastwirte den Ausschankpreis um die gleiche Summe je Hektoliter. Die Preisfestlegung tritt bei den Brauereien sofort in Kraft, bei den Gastwirten am Sonnabend. Die Senkung beträgt einschließlich der Biersteuererhebung in Höhe von 7 RM insgesamt 11,50 RM je Hektoliter.

Der durchschnittliche Ausschankpreis wird gemäß der Bierpreisfestlegung wie folgt verändert: Durch Gegenüberstellung der Preise vom 8. Dezember 1931 und der neuen Preise ist festzustellen, welcher Ausschankpreis je Hektoliter sich für jede Gemärfart unter Zugrundelegung des hierfür geltenden Preises ergibt. Die Hektoliterpreise für die einzelnen Gemärfarten sind zusammenzurechnen und die Summe ist durch die Anzahl der Gemärfarten zu teilen. Gemäße von mehr als einem halben Liter bleiben unberücksichtigt. Die Senkung hat vorzugsweise bei den geschäftlichen Gemärfarten zu erfolgen, jedoch soll dort, wo die Steuererhebung den Betrag von 7 Mark ausmacht, der Ausschankpreis für wenigstens eines der am 8. Dezember 1931 vorhandenen Gemäße mit weniger als einem halben Liter Inhalt um volle 5 Pfennig ermäßigt werden. Die Senkung der Flaschenbierpreise und der Weisbierpreise in Berlin bleiben in Kraft. Die Verkaufspreise sind um den Betrag zu ermäßigen, um den die Steuer für den Hektoliter ermäßigt worden ist. Soweit Geschäftsorte bis zum 7. Dezember 1931 bereits geändert haben, kann die Anrechnung dieser Senkung auf Antrag gestattete werden, jedoch mit der Beschränkung, daß gegenüber den Preisen vom 8. Dezember die gesamte Biersteuererhebung und der Preisnachschub in vollem Umfang sich auswirkt.

Die Präsidentschaftskandidaten.

Winter kommt auch wieder.

Nach den bisher vorliegenden Mitteilungen sind zwar beim Reichswahlleiter die offiziellen Schritte, die für die Auffstellung der Reichspräsidentschaftskandidaten, für den Reichspräsidenten von Hindenburg, für Hitler und Thälmann notwendig sind, noch nicht unternommen worden, doch steht fest, daß diese drei Kandidaten auf dem amtlichen Stimmzettel wiederum vorgezogen werden.

Auch der Reichsanzwältler Winter kommt im zweiten Wahlgang wieder. Die Ministerpräsidenten sind bereits beim Wahlleiter vorstellig geworden und haben die erneute Kandidatur angekündigt. Sie sind gegenwärtig dabei, die notwendigen 20 000 Unterschriften zu sammeln. Falls ihnen das in der verfügbaren Zeit möglich sein sollte, wird Winter auch wieder auf dem amtlichen Stimmzettel aufgenommen werden müssen. Das gleiche gilt für den Landwirt Klaus Heim, für den gegenwärtig in Schleswig-Holstein die notwendigen Unterschriften gesammelt werden. Falls auch das gelingen sollte, wäre für den zweiten Wahlgang mit fünf Kandidaten zu rechnen, von denen zwei Freiheitsstrafen verbüßen.

Auf Grund dieser Vorverhältnisse ist von politisch maßgebender Seite die Ansicht geäußert worden, beim Zusammentritt des Reichstags diesem eine Veränderung des gegenwärtig geltenden Rechtes vorzuschlagen, damit diesem politischen Unfug geteuer werden kann.

Wenn politische Gruppen glauben, einen Kandidaten durchbringen zu können, so steht ihnen dafür ja der freie Raum auf dem amtlichen Stimmzettel zur Verfügung. Das gilt zum Beispiel für diejenigen Wähler, die diesmal Schleming oder bei der vorigen Reichspräsidentenwahl im Jahre 1925 Breitenfräuter gewählt haben.

Ein Aufruf des Stahlhelm.

Zur Preußenwahl am 24. April.

Berlin, 23. März.

Auf der Tagung des Bundesrats und Bundesvorstandes des Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer, wurde zur politischen Lage Stellung genommen. In einer Mitteilung des Stahlhelm heißt es u. a.:

Die politische Entwicklung habe den Stahlhelm in einen Konflikt gebracht, den nur der restlos zu wählenden verheißt, für den die im Rahmen einig geschworene Treue ein fester Begriff geworden ist. Die Vereinerung des Reichspräsidenten von Hindenburg von dem Einfluß derjenigen politischen Kräfte, denen der November 1918 zu verdanken ist, sei nicht gelungen. Nachdem die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg im ersten Wahlgang entschieden wurde, blühe die Entscheidung in Preußen bevor. Für die Entscheidung am 24. April heißt es: „Keine Stimme dem Ehemaligen. Keine Stimme einer Parteiführer! Einzig bleibt die gemeinsame Staatsführung durch die nationale Front. Wo Stahlhelmtreuer als Kandidaten aufgestellt werden, werden die Kameraden diesen ihre Stimmen geben. In Preußen Kampfrapporte bleibt: Preußen den Preußen! Die Vorgänge im Reichgebiet, die gesteigerten militärischen Vorbereitungen der Polen wie der bisherige Verlauf der Abrüstungskonferenz in Genf zeigen die unbedingte Notwendigkeit der Wehrbereitschaft des gesamten Volkes und rufen somit die Hauptaufgabe des Stahlhelm, die Stärkung

des Wehr- und Freiheitswillens erneut in den Vordergrund.“

Keine Hiltreide im Rundfunk.

Berlin, 23. März.

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, habe vor einiger Zeit den Antrag gestellt, anschließend des zweiten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl den Rundfunk zu einer Ansprache zur Verfügung gestellt zu bekommen. Der politische Lebererkrankungsausfluß der Berliner Funktunde hat diesen Antrag abgelehnt und seine Stellungnahme damit begründet, die Reichsregierung ließe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß „auch im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl der Rundfunk für parteipolitische Reden nicht zur Verfügung gestellt werden“ dürfe.

Überblick der NSDAP.

Eine Unterredung mit Hitler.

London, 23. März.

„Daily Express“ veröffentlicht eine ausführliche Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit Adolf Hitler, derzulege Hitler erklärte, er sei keineswegs durch das Wahlergebnis niedergeschlagen. Die Opposition sei jedoch stärker gewesen, als er erwartet habe. Die Wähler hätten ihre Wirkung getan. Es sei eine harte Schlacht gewesen, die aber nicht darüber sei. Er werde kämpfen, wie er noch nie gekämpft habe. Lieder die Gerüchte befragt, daß die Geldmittel der NSDAP stark erodiert seien, sagte Hitler: „Läßt sie ruhig reden. Unsere Propaganda finanziert sich selbst. Jeder Teilnehmer an meinen Versammlungen zahlt eine Eintrittsgebühr, und so erzielen wir einen Gewinn, nicht einen Verlust.“ Hitler sagte ferner, er sei ganz sicher, beim zweiten Wahlgang seine Stimmenzahl zu vergrößern. Die Hauptüberzeugung beim ersten Wahlgang sei die Abnahme der kommunistischen Stimmen und die bemerkenswerte Geschlossenheit der Sozialdemokratie gewesen. Er habe allein 40 Jahre ununterbrochen erzieht.

NSDAP flagt beim Staatsgerichtshof.

Gegen Preußen. — Wegen der Hausnachrichten und des Verfalls der Jugendpflicht von Beamten zur NSDAP.

Leipzig, 23. März.

Wie mitgeteilt wird, hat Rechtsanwalt Franz II namens des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Klage nach Antrag auf Erteilung einer einstweiligen Verfügung eingereicht gegen den Preussischen Staatsrat und den preussischen Innenminister Severing.

Es wird beantragt, zu erkennen, daß die preussische Polizeigewalt gegen die NSDAP, und die Beschlagnahme von urkundlichem Material gegen die Reichsregierung verstoße. Ferner wird in dem Antrag eine Einziehung dahingehend geordert, daß alle Maßnahmen der preussischen Staatsregierung, durch die den preussischen Staatsrat und die Jugendpflicht zur NSDAP, sowie die Betätigung für die NSDAP, verboten wurden, mit der Befassung unvereinbar seien. Endlich soll die preussische Staatsregierung verpflichtet werden, die von der Partei beanstandeten Maßnahmen und Verfügungen unverzüglich nach Erlass des Urteils des Staatsgerichtshofes mit rückwirkender Kraft aufzuheben und alle Denkmäler, Aufstellungen und Entwürfe, die die Jugendpflicht aufzuheben oder rückgängig zu machen.

Es wird grundsätzlich der Beweis dafür angeboten, daß alle Versuche, die Legalität der NSDAP oder ihrer Führer anzuzweifeln, an der einwandfrei grundgesetzlich erhaltene und organisatorisch gesicherten beweisbaren Legalität des Vorgehens der NSDAP, und ihrer Führer scheitern müßten. Im Wege der einstweiligen Verfügung soll alles beschlagnahmte Material aus der Polizeialte die zur Herausgabe gelangen.

Neuer Schritt Amerikas?

Botschafter Sadelet in Paris eingetroffen. — Unterredung mit Tardieu.

Paris, 22. März.

Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Sadelet, ist in Paris eingetroffen und hatte dort eine Zusammenkunft mit dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu, der auch der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, beinwohnte. Weiter ließ während des Aufenthalts Sadelets in Paris eine Reihe von Essen vorgelesen, an denen u. a. Tardieu und Flanbin sowie der deutsche Botschafter von Hoelz teilnehmen werden.

Der Besuch Sadelets in Paris hat in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt und die Vermutung aufkommen lassen, daß die Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage einen neuen Schritt vorbereiten. Von amerikanischer Seite wird jedoch dazu erklärt, daß es sich lediglich um den Gegenbesuch des Botschafters Sadelet auf den Besuch des Botschafters Edge in Berlin handle. Wie es damals Edge darauf angekommen sei, nicht nur seinem Berliner Kollegen, sondern auch deutsche Regierungen und Wirtschaftskreise über seine französischen Beobachtungen zu unterrichten, so solle der Besuch Sadelets dazu dienen, die französischen Staatsmänner über die Lage in Deutschland und die Auffassung der deutschen Regierung aufzuklären.

Das französische Kabinett nahm einen Bericht Tardieus über die außenpolitische Lage und die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz entgegen, wonach nach Wiederbeginn der Abrüstungsarbeiten die französischen Anregungen in Genf sofort in Angriff genommen werden sollen. Ferner unterrichtete Tardieu den Ministerrat über die Verhandlungen in der Donaufrage und die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen.

Kammerwahl erst im Mai?

Zur Frage der Neuwahl des französischen Parlaments soll Tardieu sich dahin geäußert haben, es sei zweckmäßig, die Kammer ab 1. erst nach der Preussischen Landtagswahl, also erst im Mai, vorzunehmen.

Auflösung des Memellandtaores.

Große Mehrheit gegen Smilts.

Nemc, 23. März.

Nachdem der memelländische Landtag den gegen das Landesdirektorium vorliegenden Mißtrauensantrag mit 22 gegen 5 Stimmen der Klauer angenommen hatte, löste der Landespräsident den Landtag auf.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 23. März, 1932

Gründonnerstag.

Gründonnerstag — ein Tag vor dem Karfreitag — ist angebrochen. Für uns vielleicht ein Tag wie alle anderen. Hand und Geist schaffen, das Tagwerk erfüllt seine Unterredung, es ist kein Tag der Beinnlichkeit und des Ausruhens. Und doch hat er seine tiefe, biblische Bedeutung. Lesen wir das Evangelium des Tages nach, von den letzten Stunden, die Jesus bei seinen Jüngern weilt, in denen er seinen Verdräcker Judas Schariot bezieht. Christus weiß, daß er nun nach von ihnen geht. Aber er denkt nicht an sich und seinen bevorstehenden Kreuzweg, sondern gibt den Jüngern ein neues Gebot: „Ein neues Gebot gebe ich euch, daß ihr euch untereinander liebet, wie ich euch geliebet habe!“ Er nimmt ihnen also das Versprechen ab einander zu lieben und zusammenzuhalten. Das ist kein einziges Wollen, obwohl er seinen Berater im Kreise weiß. Kann sich ein Geschmäher selbst mehr verbinden? Er will, daß die Gemeinde der Gläubigen, der Kreis seiner Jünger auseinanderfällt, er will sie fester zusammenstehen lassen für die Zeit, da er nicht mehr unter ihnen weilt. Diese letzten Stunden Christi, dieses von ihm gegebene Gebot, sollte auch uns am Gründonnerstag befehlend und nachdenklich stimmen. Auch wir sollten uns eigentlich in dieser Zeit fester zusammenstehen, sollten einander lieben und einander für uns eintrüben. Wir sind es der Zeit schuldig, dieses Gebot zu respektieren. Gehege müßten geschaffen werden, die uns den Frieden verordnen, Strafen müßten angeordnet werden, für diejenigen, die sich etwa dieser Friedfertigkeit zu entziehen versuchen. Ist es aber nicht einfach die Erfüllung reiner Christenpflicht, jenes Wort aus dem Evangelium Matthäus aufzunehmen: „Webet euch untereinander, wie ich euch auch geliebet habe.“ Fraglos, ohne Zweifel wollen mit jenen Christenworten nicht gemein haben, sie erkennen die machenden Worte des Evangeliums nicht an, aber dennoch muß gerade für die östliche Zeit der Glaube und der Wille der Christengemeinde an Liebe und Friedfertigkeit Oberhand behalten. Das ist vielleicht der zeitgemäße Sinn des Gründonnerstags.

Am gestrigen Dienstag fand in der Saale des Blauen Hofes unter zahlreicher Teilnahme der Angehörigen und der städtischen Körperschaften die feierliche Einweihung der diesjährigen Konfirmanden statt. Nach gemeinsamen Gesängen und Deklamationen vorbesichtigte Rektor Höller die Konfirmanden mit einer sinnigen Ansprache, der er das Geleitwort Tages Arbeit, abends Gähne, saure Wochen, frohe feste Jugend legte. Gleichzeitig fand aber auch die Verabschiedung von Konrektor Bode statt, der auf Grund der Preussischen Anordnungen in den Ruhestand treten muß. Ihm wurden Anmerkungschriften der Regierung in Vererbung sowie des Kreisratrates überreicht. Auf diesen Teil der Feier werden wir in einer unserer nächsten Nummern zurückkommen. Konrektor Bode aber wünschen wir noch einen recht langen zufriedenen Lebensabend.

* **Offener.** Was wäre das Osterfest ohne Eier! Unser Landesprodukt gelang alljährlich zu diesem Zeitpunkt in großer Mode. Welche Freude ist es für die lieben Kleinen, in jeder Zimmerdecke oder im freien hinter jedem Busch die Eier zu finden, welche der Osterhase versteckt hat. Trotz der allgemeinen Schwermere der Wirtschaftslage kann sich in diesem Jahr auch der Mensch die Osterreue leisten; denn das gute, gesunde Nahrungsmittel ist ausnahmsweise wieder in besserer Qualität zu erziehen. Öffentlich achtet jeder Käufer auf den Eierstempel und schüßt sich dadurch vor einem Neimfall mit minderwertiger Ware. Deutscher, kauf deutsche Eier!

* **Brittelpreis-Senkung** bei Lieferung im Vanabaus ab 16. 3. 1932. Die Abwerkpreise betragen für Bündelbretts 0,81 RM je Zentner, für lose Salonbretts 0,66 RM je Zentner, für Bruchbretts 0,61 RM je Zentner.

* **Die Gewinnliste** der Volkslooslotterie zu Gunsten der Winterhilfe ist eingetroffen und liegt zur Einsicht in der Geschäftsstelle Leipziger Straße aus.

* **Gnief.** 22. März. Der Landwirt Hermann Braunsdorf hiersehl, welcher wie sein seliger Vater das Amt als Bezirkskommissar der Landfeuerleitend der Provinz Sachsen inne hat, auch sonst verschiedene Ehrenämter bekleidet, hat in ununterbrochener Nachfolge das Gut, welches seine Vater und Großvater seit 9. Februar 1741 inne hatten, in unbedingter Erbfolge weitergeführt und erhalten, wofür ihm von der Landwirtschafsstammer eine produktive Ehrenurkunde mit nachstehender Aufschrift überreicht worden ist: „Das Du ererbst von Deinen Vätern hast Erwidert es, um es zu besitzen.“

Ausweislich der öffentlichen Bücher, Urkunden und Rechtstitel hat die Familie Braunsdorf in Gnief das Gut Nr. 16

in ununterbrochener Nachfolge seit dem 9. Februar 1741 im Besitz. Durch die Jahrhundert hindurch hat sie in treuer Verbundenheit mit der Heimatorte in unbedingter Arbeit und festem Göttervertrauen ihren Besitz in guten und schlechten Zeiten erhalten. Ein Beispiel treuer Pflichterfüllung, eine Mahnung den künftigen Geschlechtern.

Zur Verfertigung dessen wird diese Urkunde verliehen. Halle a/S., den 15. März, 1932.

(Siegel) Dr. Sperling.

Uthausen. (Jagdbaus-Einbruch) Am Sonnabend früh wurde hiersehl das Jagdbaus des Jagdpächters Fr. Raupfen Leipzig gewaltam aufgebrochen, indem man die Eingangstür zertrümmerte. Gestohlen wurde ein Jagdgewehr (Doppelflinte) mit etwa 30 Schotpatronen und eine 6mm-Doppelpflüchsig mit ca. 200 Patronen. Zur Ermittlung der Täter, welche hier in dreier Weise ihr unehrliches Handwerk ausübten, sind 50 RM Belohnung ausgesetzt worden. Einige Wahrnehmungen, auch die kleinsten Angaben, welche streng vertraulich behandelt werden, bieten wir dem Landjägeramt in Radis oder dem Amtsvorsteher in Uthausen mitzuteilen.

Prählig. 23. März. Ein Familienreit mit ersten Folgen geht heute nachmittag in der Arbeiterkolonie vor sich. Der Arbeiter Z. hatte das Haus verfallen lassen und bedrohte die Frau mit einem Messer. In ihrer Angst öffnete

die Frau das Fenster und sprang aus dem ersten Stockwerk hinunter, obwohl der Mann sich bemühte, sie durch Festhalten am Mantel zurückzubehalten. Sie kam jedoch mit leichten Verletzungen davon. Bis zur Stunde ist die Frau noch nicht in ihre Wohnung zurückgekehrt, so daß man annehmen muß, daß sie sich ein Leid angetan hat oder daß sie sich bei Bekannten aufhält.

Wolfskraut. Eine seltene Mißgeburt erregt hier Aufsehen. Die Hiege des Arbeiters Reigte warf vier Kammern, von denen ein Kamm eine Kopf mit nur 2 Weinen zur Welt kam. Das Neugeborene verendete nach kurzer Zeit, die übrigen Kammern sind normal. Das seltene Stück ist dem Eigentümer im Institut in Dessau zugewiesen worden.

Golteyer. Ein raffiniertes Einbruch wurde in der vergangenen Nacht bei Max Weisner verübt. Den Dieben fielen dabei sämtliche Wirtke und Schinken von 2 frisch geschlachteten Schweinen in die Hände, ohne daß jemand etwas von dem Einbruch bemerkt hat. Amittgerichtet hatten die Diebe eine Scheibe aus dem nach der Feldgasse zu gelegenen Fenster herausgeschritten, um von hier aus in das Grundstück einzudringen. Die sofort angestellten Nachforschungen seitens der Polizei waren bisher erfolglos. Den Verfolgten bedauert man um so mehr, weil er arbeitslos geworden ist und vorläufig kaum wieder in die Lage kommen wird, ein Schwein füttern zu können.

Staatlicher Universitätszuschuß abermals gestürzt.

Halle. Der preussische Finanzminister hat den für die Universitäten im preussischen Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932/33 eingelegten, vom Staatsministerium genehmigten Zuschuß von 3 482 130 Mark nun um weitere 150 540 Mark gestürzt, so daß der Staatszuschuß für die Universitäten im Rechnungsjahr 1932/33 sich auf 3 331 590 Mark beläuft. Diese Kürzung fällt umso stärker ins Gewicht, als der Staatszuschuß bereits eine Kürzung um etwa eine halbe Million gegenüber dem Vorjahre erlitten hatte.

Weiterhin hat der Finanzminister den Betrag von 104 189 Mark beim Staatszuschuß als zünftig wegfallend erklärt.

Staatszuschuß für neue Großgemeinde.

Schönebeck-Bad Salzelmen. Wegen der ungünstigen Finanzlage der neuen Großgemeinde sah sich der Erste Bürgermeister gezwungen, persönlich beim Finanzministerium vorstellig zu werden, um einen Staatszuschuß zu erhalten. Wie bekannt wird, sollen die Bemühungen des Bürgermeisters Erfolg gehabt haben. Der Stadt wurde ein größerer Zuschuß aus Staatsmitteln zugesichert.

Das Falschmünzer-Trio.

Magdeburg. Bei den in Arendsee festgenommenen Falschmünzern handelt es sich um die Geschwister Kurt und Edith H. aus Magdeburg. Die Festgenommenen erklären zwar, daß sie das Falschgeld in Magdeburg im Stadtpark gefunden hätten. Inzwischen wurde ein dritter Komplize, der Brautgroom der Edith, auf Grund der Aussagen über Braut als Hersteller des Falschgeldes ermittelt und benannt. Alle drei liegen jetzt vor der Falschgeldstelle der Landestribunalpolizei Magdeburg ein reumütiges Bekenntnis ab. Sie gaben zu, seit Mitte Februar etwa 100 falsche Zweimarkstücke hergestellt und in Stendal, Obisfelde, Salze-Wedel und Arendsee vertrieben zu haben. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die Frau am Steuer. — Zwei Mädchenkisten auf dem Gewissen.

Lehrung (Kr. Verchow) und im Prozeß wegen der Schuldfrage an dem Verhängnis auf dem unglücklichen Bahnübergang der Kleinbahnstraße Lehrung-Magdeburg kam das Schöffengericht nach zweifelhafte Verhandlung zu der Überzeugung, daß die Angeklagte, Frau Schöne, eine Reichtum, die den Unglückszugan feuerte, sich schuldig gemacht habe, da sie das Warnungssignal vor der Überquerung nicht beachtet habe. Mit Rücksicht auf das tragische Schicksal der Angeklagten — bei dem Verhängnisfall kamen fünf ihrer Verwandten, darunter ihr eigenes Kind, ums Leben — verzichtete das Gericht sie unter Zurücklassung mildernder Umstände wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Eisenbahntransportführung zu drei Monaten Gefängnis mit voller Bewährungsfrist.

Falschmünzer verhaftet.

Arendsee (Altmarkt). In Arendsee wurden zwei junge Leute — ein Mann und seine Schwester — verhaftet. Sie hatten verübt, falsche Zweimarkstücke in den Verkehr zu bringen. Es ist anzunehmen, daß die Kriminalpolizei durch ihre Festnahme auf die Spur einer seit langem geführten Falschmünzerei gekommen ist. Die Verhafteten wurden nach Magdeburg transportiert.

Der Tod der Zeit.

Mühlhausen i. Thür. In der abgelaufenen Woche wurden in Mühlhausen vier Selbstmordversuche verübt, von denen zwei tödlich verliefen. Es handelt sich in allen Fällen um die Verzweiflungstaten durch die Not der Zeit gebrochener Erfindungen.

Mordveruch und Selbstmord.
Chemnitz. Ein in der Peitzalozstraße wohnhafter 40 Jahre alter Schaffner geriet mit seiner Wirtshauskellnerin in Streit, in dessen Verlauf diese auf eine Armeepistole fünf Schüsse auf den Mann abgab. Die Wirtshauskellnerin löste sich dann durch einen Selbstmord. Der schwerverletzte Mann wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Die Tat dürfte auf Eifersucht zurückzuführen sein.

Zöblicher Jugendraub.
Meißen. Der in den vergangenen Jahren stehende Gutsverwalter Großmann aus Zöbitz wurde in einem Gehölz auf Proßwitzer Fürst aufgefunden. Neben ihm lag sein abgehobenes Jagdgewehr. Man nimmt an, daß Großmann auf der Jagd zu Fall gekommen ist, wobei sich das Gewehr entladen hat und Großmann in den Kopf getroffen wurde.

Vorwürfe gegen einen Bürgermeister.
Limbach. In der letzten Stadtratsordnungsung wurde ein Mißtrauensantrag der Vereinigten Ordnungsparteien

Der beste Hausarzt ist — die Hausfrau, die Kathreiner auf den Tisch bringt!

gegen den Ersten Bürgermeister Schubarth angenommen. Die Linkspartheien stimmten dagegen. Schubarth hat eine seit langem geforderte Vermögensaufstellung der Stadt Limbach noch nicht vorgelegt und soll gegenüber Vorwürfen gegen städtische Beamte, die bereits zu gerichtlichen Untersuchungen führten, eine passive Haltung eingenommen haben.

Der Tod auf der Bühne.

Hauen. Der 69 Jahre alte langjährige Inspektir für Oper und Operette K. Wilhelm Andree (aus der Stadttheaterbühne während einer Aufführung, von einem Herzschlag getroffen, ist tot. Andree hatte am 15. September 1928 sein 50jähriges Jubiläum feiern können.

1/2 Jahre unzufällig im Zuchthaus.

Leipzig. Am November 1929 wurden die Arbeiter Paul und Otto Böling aus Gützkow in der Schöngartenstraße Leipzig wegen Anstiftung zum Diebstahl zu je 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und je 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden. In einer neuerlichen dreitägigen Verhandlung gelang den Angeklagten der Nachweis ihrer Schuldlosigkeit. Das Schwurgericht mußte sie freilassen.

Ein graunüßiges Kapitalverbrechen.

Doppelraubmord und Brandstiftung auf einem Gut. Hönitz (Boglanb). In der kleinen Nachbargemeinde Jausdorf ist man einer graunüßigen Mordtat auf die Spur gekommen. Am Sonntag morgen gegen 3 Uhr mußte die Feuerwehre auf dem Anwesen des Gutsbesitzers Gustav Wolf ein Großfeuer löschen, durch das die mit Getreidevorräten und Maschinen gefüllte Scheune zerstört wurde. Als Feuerwehre über ein Felder in die Scheune eindringen, fand man das Ehepaar Wolf mit furchtbaren Verletzungen und blutüberströmt in ihren Betten auf. Sämtliche Stühle und Füße des Wohnzimmers waren aufgerissen und durchwühlt. Die 46jährige Frau war bereits tot, während der acht Jahre ältere Gemann zwölf Stunden nach seiner Einlieferung im Krankenhaus starb verstorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Als der Tat verdächtig wurde der Knecht Morgner verhaftet. Er befreit jede Schuld.

Der Knecht Morgner war seit etwa 1 1/2 Jahren bei Wolf in Stellung und hatte mit dem Gutsbesitzersehepaar noch bis gegen 11 Uhr nachts in der Küche gefessen. Er will, obwohl er fast völlig eingesunken war und kein Fenster dem Brandherd gegenüber liegt, von dem Feuer nichts bemerkt haben. Die Polizei nimmt an, daß der Mörder nach der Tat nach Geld gesteht und dann den Brand gelegt hat.

Steuerhinterziehung.

Hauen. Das Hauenener Gemeindefiskus Schöffengericht verurteilte den Bittermeister Otto Max Kolbe aus Ramens wegen Vergehens gegen die Steueramtliche Verordnung vom 19. September zu fünf Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Kolbe hatte seine letzte Vermögenssteuererklärung infolgedessen unrichtig ausgefüllt, als er verstarb. Da er zwei größere Darlehen ausgeben hatte.

Professor Dehde Ehrenmitglied des Naturwissenschaftlichen Vereins. In seiner letzten Sitzung hat der Naturwissenschaftliche Verein in Wöbbed sein langjähriges Mitglied, den aus dem Wöbbeder Calmette-Prozeß her bekannten Professor Dr. Dendte zum Ehrenmitglied ernannt.

Des Karfreitags wegen gelangt die nächste Nummer Sonnabend mittag 2 Uhr zur Ausgabe. Anzeigen bis Donnerstag abend 6 Uhr erbeten.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften liefert frei Haus Richard Arnold, Buchhandlung

* Lotterie. Die erste Klasse der 39. Preussisch-Österreichischen (265. Preuß.) Klassenlotterie wird am 22. und 23. April gezogen. Wir haben auf verschiedene Anzeigen aus unserem Leserkreis hin eine Anzahl Lose zum Vertrieb übernommen und bitten von dieser bequemen Gelegenheit recht oft Gebrauch zu machen.

Stützung für Konsumvereine?

Immer bestimter auftretende Gerüchte wollen wissen, daß von der Reichsregierung nun auch eine Stützung der Konsumvereine der Hamburger (also sozialdemokratischen Richtung) in ähnlicher Art wie die Vantenfähigkeit erzwungen und vorbereitet werde. Die Gerüchte haben die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels veranlaßt, sich in einer Eingabe an den Reichstag zu wenden und scharfen Einbruch dagegen zu erheben, daß die Regierung durch eine solche Stützung in den schweren Wettkampf zwischen Einzelhandel und Konsumgenossenschaften einseitig zugunsten der letzteren eingreife. Die Konsumgenossenschaften seien in diesem Wettbewerb ohnehin nicht nur durch steuerliche Vergünstigungen, sondern auch dadurch unterstützt, daß sie das Depotrecht für die Annahme von Spargeldern ihrer Mitglieder hätten und dadurch ihre Betriebsmittel wesentlich billiger erhielten, als bei der Einzelhandel sich bei Banken beschaffen könne. Wenn die Konsumvereine jetzt in schwieriger Lage wären, sei die Ursache lediglich darin zu suchen, daß sie diese Spargelder in so großem Umfange im Warengeheimt und im Erwerb eigener Produktionsstätten festgelegt hätten. Der Einzelhandel würde eine gegen ihn gerichtete einseitige Politik im Widerspruch zum Mittelstandsparagrafen der Reichsverfassung darin erblicken, wenn durch eine Stützung den Konsumvereinen geholfen würde, während der Einzelhandel alle Risiken allein tragen müsse.

Auch von konsumgenossenschaftlicher Seite ist kürzlich mitgeteilt worden, daß abnehmender Umlag und ständige Rückforderung von Spargeländern die Lage der Konsumvereine wesentlich verschlechtert hat, und in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ selbst ist darauf hingewiesen worden, daß es notwendig sein werde, das Eigenkapital der Konsumvereine durch Herausziehung der Anteile und Hartsummen zu härten. Die Veroppelung von Handelsgeschäft und Sparfalle, in guten Zeiten ein Vorteil, trägt sich jetzt bei den Konsumvereinen, wie sie sich auch bei den Brauereien getradet hat. Im Schultheiß-Prozeß wurde darauf hingewiesen, wie gerade der Abzug von Spargeldern die Entscheidung bei Schultheiß-Bahnhof herbeigeführt hat. Daß bei den Konsumvereinen die Lage ungünstiger wurde, war schon aus dem Jahresabschluss der Preußenfalls, des genossenschaftlichen Zentraltribunals, zu erkennen. Die Konsumvereine erhielten von jeher als Geldbehalter in der Bilanz der Preußenfälle, in der letzten Bilanz aber waren die Einlagen der Konsumvereine bis auf einen kleinen Rest verschwunden, statt dessen aber Kredite bis fast zur Höhe des zulässigen Kontingents in Anspruch genommen.

Kirchliche Nachrichten.

Gründonnerstag, abends 8 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier. Propst Vertram.

Karfreitag. Kollekte für das Diakonissenmutterhaus Katharinenstift in Wittenberg. Kemberg.

Vorm. 1/10 Uhr Predigtgottesdienst. Pfarrer Langbein. Nachm. 2 Uhr in der Friedhofstapelle Andacht. Propst Vertram.

Gommla. Vorm. 1/10 Uhr Predigtgottesdienst, anschließend Beichte und Abendmahlsfeier. Propst Vertram.

Gabig. Nachm. 2 Uhr in der Abendmahlsfeier für die lieben Alten. Pfarrer Langbein.

Zwangsversteigerung. Donnerstag, den 24. März, 15 Uhr, versteigere ich in Kemberg (Hotel „Blauer Stern“)

1 Dezimalwage, 1 Schreibmaschine (Alber), 1 Schreibtisch. Schulz, Gerichtsvollz., l. A.

Schokoladen-Ostereier, Schokoladen-Osterhasen Bonbonieren

Marzipaneier, Trüffeleier, Nougateier, Dessertier, Waffeleier, Osterküken

Papp-Ostereier, Pappmaché-Hasen

in allen Grössen, mit und ohne Füllung

Osterkörbchen, gefüllte Eierbecher, Eierbecherservice, Eierpuppen und viele andere hübsche Geschenkartikel

empfeilt zum Osterfest in reichr Auswahl u d u billigen Preisen

Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Straße u. Markt

Gratis gebe ich bei Einkauf von 1.— Rm. bis 5 Rm.

1 Paket Eierfarbe

Zum Fest empfehle ich Photo-Apparate u. Bedarfsartikel Geschenkpäckchen in Parfüm, Seifen und Kölnisch Wasser wie 4711, Gegenüber usw.

Zum Reinemachen: Bohnerwachs, fett und flüchtig Fußbodenöl, Wopöl, Ofenlad u. Bronzen in allen Farben Möbel-Politur, Fensterleder von 6 Rf an usw.

Markt-Drogerie W. Denny

Ein kleines frommes Pferd mittleren Alters nicht billig zum Verkauf Clemens, Neumühlweg 5

Ihre Osterfreude eine hübsche moderne

Handtasche in reicher Auswahl und zu billigen Preisen neu eingetroffen bei

Rich. Arnold, Kemberg

Zu den Feiertagen
empfehle prima

Rind-, Kalb- und Schweinefleisch

Kasseler Rippespeer
Fleischsalat - II. Sülze
die Aufschnitt
Kaiserjagdwurst, Mortadella
Wiener Würstchen
Bockwurst, Breslauer
Würstchen in Dosen

Heinrich Schneider

Osterpostkarten

empfeilt in grosser Auswahl

Richard Arnold :: Kemberg

Sonnabend nachmittags 2 Uhr
verkauft ich öffentlich in der Biege-
lei Reuden:

2 Arbeitswagen 3 und 2 1/2", 1
eiserne Winde, 3 Kipporen, 600 m
Zelbahnseil, 3 transportable
Defen, 1 Kammherd, eiserne Defen,
eiserne Bettstellen, Möbel u. Ge-
brauchsgegenstände, Wälderolle,
1 Badeeinrichtung usw.

R. Lehmann,

öffentl. angeft. beedigt. Versteigerer

Rindfleisch

bei Mehrabnahme Extrapreise
frisches Schweine- und
Kalbfleisch

Kasseler Rippespeer
rohen u. gefochten Schinken
sowie alle Sorten Wurstwaren

frisch und geräuchert

Beise ermäßigt

frische Leber und Fleck
empfeilt Ewald Ballmann

Pfeil



Kaffee

verbürgt
beste Qualität

frisch frisch aus der Mühle von
E. G. Pfeil

Frau gesucht

bei gutem Wochenverdienst für eine
kleine Verkaufsstelle (kein Laden).
Betreffende wird eingerichtet. Ge-
forderlich ist kleiner Betrag für Ware.
Schriftl. Meldungen sind unter A. 3. 5
in der Expedition des Bl. abzugeben.

Zu den Feiertagen
empfehle prima fettes

Rind-, Kalb- u. Schweinefleisch

alle Sorten Wurst
rohen und gefochten Schinken
Kasseler Rippespeer, die Auf-
schnitt und frische Wurstchen
sowie frische Leber und Fleck
Louis Richter

M.-T.-V.
Donnerstag, den 24. März,
abends 8 Uhr im Balnbaum

Turnratsitzung
Anschließend 7/9 Uhr
Bersammlung
Der Vorstand

Reitsport-Verein.
Donnerstag, den 24. März, abends
8 Uhr im Ratskeller

Bersammlung
Erscheinen aller Mitglieder unbedingt
erforderlich. Der Vorstand

Sport-Verein
Rot-Weiß
Karfreitag, den 25. März, nach-
mittags 4 Uhr

Spieler-Sitzung
Der Vorstand.

Sport-Verein
Rot-Weiß
Am 1. Osterfeiertag

Frühlings-Ball

Für die uns zur Konfi-
mation unseres Sohnes Herbert
dargebrachten zahlreichen Auf-
merksamkeiten sagen wir hier-
durch unsern herzlichsten Dank.
Willi Kirchberg und Frau

Für die uns zur Konfi-
mation unseres Sohnes Her-
bert erwiesenen Aufmerksam-
keiten und Geschenke sagen
wir hiermit unsern herzlich-
sten Dank.
Familie Paul Raete

Für die vielen Geschenke
und Gratulationen zur Kon-
firmation unserer Tochter
Martha sagen wir allen
Freunden und Bekannten un-
sern herzlichsten Dank.
Otto Krüger und Frau

Für die reichlichen Geschenke
und Gratulationen zur Kon-
firmation unseres Sohnes
Walter sagen wir hierdurch
unsern herzlichsten Dank.
Robert Hilpert und Frau

Für die zahlreichen Auf-
merksamkeiten zur Einsegnung
unseres Sohnes Walter
sagen wir hierdurch unsern
herzlichsten Dank.
Eduard Schild und Frau

Für die vielen Glückwünsche
und Aufmerksamkeiten zur
Konfirmation unseres Sohnes
Werner sagen wir hierdurch
unsern herzlichsten Dank.
Otto Schulze und Frau
Palmrum 1932.

Für die vielen Gratula-
tionen und Geschenke zur Kon-
firmation unseres Sohnes
Erwin danken wir herzlich
Richard Ballmann und Frau

Für die zahlreichen Auf-
merksamkeiten zur Einseg-
nung unserer Tochter Char-
lotte sagen wir hierdurch
unsern herzlichsten Dank.
Familie Meinel

Für die freundlichen Auf-
merksamkeiten anlässlich der
Einsegnung unserer Tochter
Elisabeth sagen wir auf diesem
Wege unsern herzlichsten Dank
Arthur Jäger und Frau
Rotta.

Für die uns zur Konfi-
mation unseres Sohnes Max
erwiesenen Aufmerksamkeiten
und Geschenke sagen wir hier-
mit unsern herzlichsten Dank.
Max Ritz und Frau
Weinberge

Tonfilm-Bühne

Schützenhaus Kemberg
Das große Osterprogramm

Ostersonnabend, abends halb 9 Uhr
Reserve hat Ruh

Sonnabend zahlen Erwerbslose u. Kleinrentner nur 50 Pf.

Am 1. Feiertag, nachmittags 4 Uhr
Kaffee-Konzert

abends halb 9 Uhr

Ein hundertprozentiger Tonfilm
Der lustigste aller Militär-Schwänke

Reserve hat Ruh!

Ta Tü
Ta Ta



Der Film bietet Höhepunkte der
Komik, die nicht zu überbieten ist

Da bleibt kein Auge
trocken

14 Wochen Spielzeit
in Hannover

Grobes Beiprogramm

1. Platz 1,- M., 2. Platz 80 Pf.

Kartenbestellung rechtzeitig erbeten

Am 2. Feiertag, von nachmittags 4 Uhr
gross. Festball

Erstklassige Ballmusik

Küche und Keller bieten das Beste

Um werten Besuch bitten Karl Fröhnel und Frau

„Blauer Hecht“

Am 1. Osterfeiertag, abends 8 Uhr

großes Extra-Konzert
mit anschließendem Ball

2 Kapellen Eintritt 60 Pfennig 2 Kapellen
Es laden freundlich ein

Freih Pinter

Paul Günther

Für die uns zur Vermählung erwiesenen Auf-
merksamkeiten, Geschenke und Ehrungen danken wir allen
herzlichst

Ammendorf und Reuden, den 22. März 1932

Otto Gutschealk und Frau
Charlotte geb. Kunert

OSTER-TÜTEN

Schulranzen
Frühstückstaschen
Aktenmappen

empfeilt in reicher Auswahl und allen Preislagen
sowie sämtliche

Schulbücher, Schulbedarfs- und
Zeichenartikel

für die hiesige und sämtliche Schulen der Umgegend
erhältlich bei

Rich. Arnold : Kemberg

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er scheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. „Wöchentliche Beilagen: „Lanbmanns Sonntagsblatt“ und „Militarisiertes Unterhaltungsblatt.“ — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,75 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,95 M., in den Kantoren 1,90 M., durch die Post 1,95 M. Am Tage höherer Gewalt Bestellschreibung Streich ist erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung bsm. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Zeitspaltene Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Zeitspaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestunde 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbegeräte unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagenpreis: 10.— Mk. das Laubend, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 36

Donnerstag, den 24. März 1932

34. Jahrg.

Die Wählerliste

für die Reichspräsidentenwahl am 10. April und die Landtagswahl am 24. April liegt vom 30. März bis 3. April während der üblichen Geschäftszeit (am 3. 4. von 11—12 Uhr) im Magistratsbüro zur Einsicht aus. Einsprüche sind bis zum Ablauf der Auslegungfrist mündlich oder schriftlich bei uns anzubringen. Kemberg, den 23. März 1932.

47) Der Magistrat.

Freibant-Fleischverkauf.

Donnerstag, den 24. März, Verkauf von Schweinefleisch im rohen Zustand. Das Fund kostet 0,40 M. Kemberg, den 23. März 1932.

48) Der Magistrat.

Arbeitsbeschaffung—Geldbeschaffung

Projekte drinnen und draußen. — Geld- und Kreditmangel. Sie haben jetzt alle gesprochen: die Gewerkschaften, die ihre Mitglieder mit Arbeitsmöglichkeiten versorgen müssen; die Industrie, die Beschäftigung für ihre Betriebe sucht; die Landwirtschaft, die von steigender Beschäftigung Steigerung ihrer Ertragsmöglichkeiten erwartet, und die Gemeinden, die die Wohlfahrtslasten nicht mehr lange tragen können, und die deshalb jede Möglichkeit zur Verminderung der Arbeitslosigkeit fördern müssen. Es hat der Reichswirtschaftsrat gesprochen, in dem Gewerkschaften, Industrie, Landwirtschaft und Gemeinden zusammenkamen, es hat das Internationale Arbeitsamt sein Urteil gefällt, das von den Stimmungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände und von den Regierungsplänen mitbestimmt wird. Bei allen diesen Instanzen, nationalen und internationalen, hat sich eine Einheitsfront ergeben für die Parole: Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, wenn nicht durch die Initiative privater Unternehmen, so durch die öffentlichen Stellen und die Behörden, die großen öffentlichen Betriebe und die Regierungen. Diese Einheitsfront konnte zusammengelassen werden, soweit die Pläne in Betracht kommen, welche Arbeiten denn nun aus öffentlichen Mitteln finanziert werden sollen. Aber diese Einheitsfront ist nicht mehr vorhanden, sobald man an die zweite Frage herangeht: Wie soll für die zusätzliche Arbeit das erforderliche Geld beschafft werden? Man hat aus den Beratungen der Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände, des Reichswirtschaftsrats, des Internationalen Arbeitsamts ausführliche Pläne hervorgehen sehen, wie zusätzliche Arbeit geschaffen werden könnte, Arbeit, die im Straßenbau, in der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, im internationalen Verkehr der Allgemeinheit zugute kommt, Arbeit, die sich nach Ablauf einer längeren Frist rentieren würde. Aber es liegt nicht ein einziger allgemeiner Plan dafür vor, wie diese Arbeit bei zur Rentabilität der geleisteten Arbeit überbrückt werden kann.

Die Frage der Geldbeschaffung ist aber die Voraussetzung für jede Arbeitsbeschaffung. Die zahlreichen Projekte die dem Reichswirtschaftsrat vorgelegen haben, sehen zwar vor, daß durch Reichspost, Reichsbahn, Straßenbau, Hochwasserschutz, Landwirtschaftsarbeiten und Hausreparaturen mehr als eine halbe Million Menschen plötzlich beschäftigt werden könnte, aber diese Projekte erfordern doch auch einen Kolossalumfang von fast anderthalb Milliarden Reichsmark. Es ist nun allerdings ein unerträglicher Zustand, wenn wie das Gutachten des Reichswirtschaftsrats feststellt, die Maschinenindustrie nur noch 30 o. h. ihrer Produktionsmöglichkeiten ausnützen kann, wenn im Baugewerbe 90 o. h. der Arbeiter arbeitslos sind. Aber dieser Mangel an Platz und Arbeitsmöglichkeiten ist ja zum guten Teil gerade dadurch entstanden, daß die Möglichkeiten für produktive Arbeit Kredite anzunehmen, sich mehr und mehr verringert hatten, und daß deshalb die Betriebsmittel allmählich ausgingen. Wenn man also die Produktionsstätten und damit neue Menschenmassen in den Produktionsprozess hineinbringen will, so wird die erste Frage die Beschaffung von Betriebsmitteln sein.

Die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten ist bisher so wenig erfolgreich gewesen, daß man sich über die Durchführbarkeit der Arbeitsbeschaffungspläne keine Illusionen machen darf. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, der dieser Tage in Berlin war, hat sich zwar optimistisch geäußert, weil er glaubt, daß sich Kapitalisten finden würden, die Geld hergeben, wenn nur Pläne existieren, aus denen sich die Rentabilität der geleisteten Arbeit in einiger Zeit erkennen läßt. Eine neue internationale Konferenz über die Arbeitsbeschaffung soll Ende März in Paris stattfinden, und man kann nur wünschen, daß sie zu Ergebnissen kommt. Zunächst aber muß man sich an die Feststellungen halten, die von dem Reichswirtschaftsrat einstimmig, d. h. unter Teilnahme der Gewerkschaften, der Industrie, der Landwirtschaft und der Gemeinden angenommen worden sind. Man muß aus diesen Gutachten feststellen, daß Mittel von Reich, Ländern und Gemeinden nicht zu erwarten sind, weil diese öffentlichen Körperschaften mit der Ausbalanzierung ihrer Ausgaben genau

zu tun haben. Auch eine große Anleihe kommt nicht in Betracht, weil sie jetzt nur unter drückenden Bedingungen aufgenommen werden könnte. Bevorzugung von Unternehmungen durch die Banken ist nicht möglich, weil die Banken selbst unter mangelnder Liquidität leiden. So bleibt der letzte Plan übrig, durch ein zuverlässiges Bankentorium zum jeweils fällige Betragüberlässe aus der Reichsbank herauszuholen. Aber diese Möglichkeit wiederum ist von der Währungspolitik abhängig, und ein solches Projekt könnte leicht dahin führen, daß zwar für einen Arbeitsbeschaffungsplan Geld aufgebracht, gleichzeitig aber in gleichem Umfang die jetzt für private Unternehmungen bereitgestellten Betriebskredite abgenährt werden, so daß man auf der einen Seite Betriebsmittel und Arbeit schafft, auf der anderen Seite Betriebsmittel und Arbeit forschmeißt, und es bleibt bei der Einflüchtung aller beteiligten Instanzen über die Notwendigkeit, die private Initiative durch eine Initiative der öffentlichen Körperschaften zu ergänzen, eine der wichtigsten Regierungsaufgaben, den Arbeitsbeschaffungsgeboten zu fördern. Aber diese Förderung wird wenn auch jetzt schon eine gewisse politische Beruhigung eingetretten ist, doch in größerem Umfang erst möglich sein wenn beunruhigende Momente wie etwa die Reparationsfrage aus der Welt geschafft ist, und es wird sich dann zeigen müssen, ob die Initiative nicht hauptsächlich zunächst einmal darauf gerichtet werden muß, die weltwirtschaftlichen Beziehungen enger zu knüpfen und so die natürlichen Absatzmärkte wieder zu öffnen.

Beginn des Angriffs

auf Ihre Lachmuskeln

Sonnabend, den 26. März und

1. Osterfeiertag abends 11,9 Uhr

Der AAFM-Militär-Schwank

„Reserve hat Ruh“

Sonnabend zahlen Erwerbslose und Kleinrentner nur 50 Pfennig

Das Reich und die Gemeinden.



genommen um rund 825 Millionen RM, d. h. um mehr als 20 o. h. des heutigen Standes.

Dieser Zustand wird noch vergrößert durch den weiteren Rückgang der kommunalen Verfügbare. Die bisherige Reichshilfe für die Gemeinden in Höhe von 230 Millionen RM, die den Gemeinden für das Winterhalbjahr 1931

gewährt worden ist, muß ihnen in ... desens der gleichen Höhe weitergegeben werden, zumal die laufenden Kosten für die Gemeinden bei dem Anmarsch der Wählerfortermerbslasten heute erheblich höher sind als vor einem halben Jahr. Für das erste Vierteljahr des Haushaltsjahres 1932 müßten also mindestens 115 Millionen RM bereitgestellt werden.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, die neuen Zugänge von Wählerforterwerblosen bei den Gemeinden abzulassen.

Wenn den Gemeinden und Gemeindeverbänden durch eine Reform der Reichsarbeitlosenhilfe oder durch erhöhte Reichszuschüsse nicht sofort eine wirksame Hilfe zuteil wird, so würde ein anderer Ausweg übrig bleiben, als die Bürgersteuer, deren monatliche Fälligkeitstermine auf das erste Halbjahr beschränkt sind, das ganze Jahr hindurch weiter fortzuführen.

Köben a. d. O. stellt die Zahlungen ein.

Die erste Stadt Preußens im Konturs.

Breslau, 22. März.

Als erste preussische Stadt ist die etwa 1300 Einwohner zählende Stadt Köben a. d. Oder in Konturs geraten. Die Schulden sollen insgesamt 600 000 Mark betragen. Als Gläubiger werden neben dem Staat in der Kaufmann Breslauer Banken genannt. Der Kontursantrag wurde von der Zentral-Bodenkreditbank beim Amtsgericht Steinmetz gestellt. Zum Kontursverwalter wurde der Steuerrat Rechtsamtsrat und Notar Gabel ernannt. Der Breslauer Bezirksausschuß wird sich zu diesem Konturs noch zu äußern haben, da zur Ausführung derartiger Zwangsmaßnahmen seine Zustimmung erforderlich ist. Köben teierte 1928 sein 700-jähriges Bestehen.

Keine Verpfändung der Freibagelgelder

Nichtigstellung einer Falschmeldung über die Sanierung der Schiffahrt.

Amlich wird mitgeteilt: Bei Besprechung der Stützungsmaßnahmen des Reiches zugunsten der Schiffahrt ist die Nachricht verbreitet worden, daß dem Reich als Sicherheit für die von ihm zu übernehmenden Garantien die Ansprüche der Reedereien auf Staatszuschüsse der amerikanischen Freibagelgelder abgetreten worden seien. Diese Nachricht ist unzutreffend.

Die Ansprüche der Reedereien auf die amerikanischen Freibagelgelder sind dem Reich wieder abgetreten, noch in irgend einer anderen Form verpfändet worden. Eine Verpfändung dieser Ansprüche wäre nach den für die Freibagelgelder maßgebenden Bestimmungen auch nicht möglich gewesen. Ebensovien ist es zurecht, daß der Norddeutsche Lloyd als Sicherheit für die von ihm zu übernehmende Garantie seine Schiffe verpfändet, aber dem Reich die Staatszuschüsse gestellt habe. Es ist lediglich vereinbart worden, daß die neuen Kredite, welche den Reedereien eingeräumt werden sollen und für die das Reich die Garantie übernimmt, den Vorrang vor den bisherigen inländischen Krediten erhalten sollen.

Kirchenfundgebung in Berlin.

Die evangelischen Gemeinden im Sportpalast. Zum ersten Male waren die Glieder der 80 evangelischen Gemeinden der Berliner Innenstadt am Montagabend zu einer Fundgebung im Berliner Sportpalast zusammengefahren worden.

Der Generalsuperintendent von Berlin, D. Karow, begrüßte die Versammlung und wies darauf hin, daß noch nie Glieder der evangelischen Gemeinden Berlins sich in so großer Zahl zu einer gemeinsamen Veranstaltung zusammengekommen haben. Unter besonderer Erregung gilt der Jugend, Jungmännern und Mädchen, den Werktätigen und den Studenten. Die evangelische Kirche vertritt es nicht ihre Wurzeln in den Boden deutschen Lebens gebettet sind, und daß sie nach Luthers Vorbild den Deutschen zu dienen hat. Was aber dieser Versammlung ihr eigenes Gepräge gab, ist die Tatsache, daß evangelische Männer und Frauen am Anfang der Karowde zusammengekommen sind, um sich zu dem gekrautigen Feld zu begeben. Dem Zentrum der Gottesdienst legen wir die Botschaft von dem Kreuz auf Golgatha entgegen. — Die Klänge des Lutherliedes beschloßen die Fundgebung.

Ist das Wirtschaftsanfurbelung?

Zahlungseinstellung der Junterswerte.

Berlin, 23. März

Die Junterswerte teilen mit: „Die Junterswerte in ihrer Gesamtheit nämlich Junterswerte, Hauptbüro, Forschungsanstalt Professor Junters, Junters u. Co., Junters-Flugzeugwerke U. G., Junters Motorenbau G. m. b. H. und Kalorifer-Werk Hugo Junters haben ihren Gläubigern mitgeteilt, daß sich Professor Junters im Interesse der Gläubiger verpflichtet gehalten hat, das gerichtliche Vergleichsverfahren zu beantragen, und daß im Verfolg dieser Maßnahmen die Zahlungen eingestellt worden sind.“